

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kolbold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Empfänger werden an den Erscheinungstagen der Zeitung vorzuziehen in die Geschäftsstelle zu schicken.

Gemeinde - Büro - Konto Nr. 186.

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Nummer 35

Sonntag, den 22. März 1925

24. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Bullenförderung.

In den nächsten Wochen soll die Hauptförderung der Zuchtbulen stattfinden.

Die Besitzer körperlicher Bullen werden hiermit aufgefordert ihre Bullen bis zum

10. April ds. Js.

im Rathaus — Meldeamt — anzumelden.

Ottendorf-Okrilla, am 19. März 1925.

Der Bürgermeister.

Wahl des Reichspräsidenten.

Für die am 29. März ds. Js. von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr stattfindende Wahl des Reichspräsidenten ist die Gemeinde Ottendorf-Okrilla in 3 Stimmbezirke eingeteilt worden und zwar:

1. Stimmbezirk: Wähler A — G. Abstimmungsraum alte Schule.
2. Stimmbezirk: Wähler H — L. Abstimmungsraum alte Schule.
3. Stimmbezirk: Wähler M — S. Abstimmungsraum neue Schule.

Die Stimmzettel werden wie bei der Reichstagswahl amtlich hergestellt und am Wahltag im Abstimmungsraum zugleich mit den Stimmzettelausschlägen den Stimmberechtigten ausgehändigt. Anders als die amtlich hergestellten Stimmzettel sind unglücklich. Die amtlichen Stimmzettel enthalten alle zugelassenen Wahlvorschlüge. Unter dem Namen des zuletzt aufgeführten Kandidaten schließt sich ein freigelassener Raum (ein freies Feld) an. Der Stimmberechtigte kennzeichnet bei der Wahl in dem abgeforderten, gegen Sicht geschützten Nebenraum auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Kandidaten er seine Stimme geben will; will er keinem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben, so schreibt er den Namen der Person, der er seine Stimme geben will, auf den Stimmzettel in das hierzu freigelassene Feld, dann steckt er den Stimmzettel im Nebenraum in den Umschlag und übergibt hierauf diesen dem Abstimmungsleiter, der ihn in die Stimmurne legt.

Ottendorf-Okrilla, am 20. März 1925.

Der Gemeinderat.

Richter, Bürgermeister.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 21. März 1925.

Der Gemischte Chor veranstaltet am Sonnabend den 28. März sein 2. Winterkonzert. Auch dieses steht wie die Aufführung von Procloa — im Zeichen der Romantik. Unter Romantik versteht man die Zeit ungefähr seit 1800. Romantische Musik versteht uns in Stimmungen, wie sie uns im Rauschen des Waldes, am murrenden Bache, beim Sonnenaufgang, in hellen Mondscheinmächtigen überkommen. Sie bevorzugt Stoffe, die mit sagenhaftesten Gestalten zu tun haben. So schrieb Felix Mendelssohn Bartholdi (1809 — 1847) seinen Sommerabendtraum und arbeitete an einer leider unvollendet gebliebenen Oper „Soreley“. Das Finale des 1. Aktes, das am Sonnabend zur Aufführung gelangt, erzählt uns: Leonora, von ihrem Geliebten verlassen, beschwört die Geister des Rheins und ruft sie zur Rache an den Kreislosen auf. Sie sind bereit ihr männerberaubende Schönheit, eine Stimme, sah zum Verderben zu geben. Als Preis fordern sie: „Braut des Rheins sollst du werden, Braut des Rheins im Felsenkloß“. Nach kurzen inneren Kämpfen entsagt sie ihrem Menschenbild: „Nimm hin den Brautring, Dir, o Strom, lob ich mich an“ und erhält dafür von den Geistern das Gelübde, der Rache.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg über ihren in vielen Tausenden von Fällen bewährten natürlichen Gesundheitswiederhersteller „Salvito“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Kloßsche. Am 17. März ds. Jahres nachmittags gegen 6 Uhr wurde auf der Eisenbahnstrecke Görlitz-Dresden in der Kloßsche Wäude ein überfahrenen menschlicher Leich-

nam aufgefunden. Die Aufhebung erfolgte durch die Polizeibehörde, wobei festgestellt wurde, daß es sich um einen Eisenbahnarbeiter aus Dresden handelt, der in einem Anfälle von Schwerkraft durch einen Personenzug sich hat überfahren lassen.

— Kostenlose Totenbestattung und Anatomie. Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Neustädte, die neuerdings ebenfalls die kostenlose Totenbestattung beschlossen hat, hat eine bemerkenswerte Entdeckung gemacht. Nach dem sächsischen Gesetz vom 6. Oktober 1912 muß nämlich ein Toter, der mit öffentlichen Mitteln beerdigt werden muß, der Anatomie überlassen werden. Da dieses Gesetz noch besteht, ergiebt sich die Notwendigkeit, daß alle Toten der Anatomie zur Verfügung gestellt werden müßten, da ja die Bestattung nunmehr aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird. Da dies aber aus Gründen der Praktik nicht gut möglich ist, andererseits aber die Gemeinde mit dem Gesetz in Konflikt kommt, sobald sie es nicht tut, hat der Rat von Neustädte eine Eingabe gemacht und auf den Zwiespalt im Gesetz hingewiesen. Der Kreisausschuß beschloß eine Eingabe an das Ministerium zu machen, damit eine Klärung dieser Frage geschaffen wird.

Leipzig. Am Mittwochnachmittag gegen 2 Uhr ist ein sechsähriger Knabe in der Alexanderstraße von einer Kraftdroschke tödlich überfahren worden. Die Kraftdroschke fuhr in mäßiger Fahrt von der Reichstraße nach der Kolonnenstraße zu. Auf der anderen Straßenseite kam ihr ein Pferdewagen entgegen. Als sich beide befährte vor dem Grundstück Nr. 6 in gleicher Höhe befanden, kam plötzlich hinter dem Führer der Knabe hervor, sprang und wurde sofort von der Kraftdroschke ungerührt und vom linken Bordrad überfahren. Es gelang dem Fahrer, da er nicht schnell fuhr, seinen Wagen fast rechtzeitig zum Halten zu bringen; er konnte aber das Unglück nicht mehr verhindern. Er zog den augenscheinlich am Kopfe schwer verletzten Knaben unter dem Wagen hervor und brachte ihn sofort zum nächsten Arzt, der nur den Tod feststellen konnte. Man nimmt an, daß das Kind sich an das Führer hinterr angehängt hatte, also ein Opfer dieses gefährlichen Spiels geworden ist. Nach Aussage eines Zeugen trifft den Fahrer der Kraftdroschke kein Verschulden.

Friedersdorf. Beim Schlachten einer Kuh fand ein hiesiger Fleischer im Magen derselben eine Hülinderuhr, die, wie sich herausstellte, dem Sohne eines Fuhrwerksbesizers etwa vor einem halben Jahre auf unerklärliche Weise abhanden gekommen war. Die Uhr war durch die Magensäure fast in Mitlebenshaft gezoogen, aber auf die Gesundheit der Kuh hatte dieser sonderbare Mageninhalt keinen störenden Einfluß.

Bärenstein, Bez. Chemnitz. Auf recht tragische Art wurde durch eigene Unachtsamkeit die Ehefrau des Bädermeisters Emil Richter im 33. Lebensjahre das Opfer ihrer Nachlässigkeit. Sie hatte eine eitrige Brandwunde an der Hand nicht beachtet und schwarze Strümpfe gewaschen, wodurch eine schwere Blutvergiftung eintrat, der Einhalt zu gebieten der ärztlichen Kunst nicht mehr gelang.

Wennowitz bei Wurzen. Ein gefährlicher Zusammenstoß eines aus Leipzig kommenden Motorabfahrers mit einem aus Trebsen kommenden Lastkraftauto fand hier am Dienstag vormittag statt. Der Motorabfahrer fuhr dem nach Wurzen zu fahrenden Auto in die Vorderräder, wodurch der Fahrer zurückgeworfen wurde und ernsthafte Verletzungen erlitt. Das Motorrad war vollständig zertrümmert.

Weißa. Unter tragischen Umständen ist hier ein Kind ums Leben gekommen. In der Wohnung des Bädermeisters Rödel wurden im Badofen Kartoffeln für die Schweine gekocht. Während ein Spielgefährte des 5 Jahre alten Otto Jahn einen Kessel mit den kochenden Kartoffeln fortbrachte, wollte dieser einen zweiten Kessel ebenfalls fortbringen, wobei jedoch das kochende Wasser herausflog und die Brust des Knaben vollständig verbrannte. Derselbe wurde von den Qualen durch den Tod am nächsten Tage erlöst.

Bad Elster. Einen teuren Spaß leistete sich in der Vierlawne ein junger Rüpfler, der nachts auf dem Heimwege aus Uebermut die beiden großen und mehrere kleine Schaufenster eines zurzeit leerstehenden Ladens im hiesigen Palais-Hotel einschlug. Der Betreffende wurde auf frischer Tat erwischt und wird den weit über 1000 Mark betragenden Schaden aus eigener Tasche wieder gutmachen müssen.

Reichenbach i. B. Bereits im Sommer vorigen

Jahres hatte der Zollgrenzkommissar in Plauen bei einem Reichenbacher Geschäftsmann eine Anlage, die zur Ausschreibung des Vergällungsmittels aus dem Branntwein dient, nebst Warenvorräten beschlagnahmt. Das deswegen eingeleitete Strafverfahren ist noch nicht beendet, und schon hat dieselbe Dienststelle deren Sitz inzwischen nach Leipzig verlegt wurden ist, bei demselben Geschäftsmann wieder die nahezu fertig gestellte Anlage einer unterirdischen Geheimbrennerei ausgehoben.

Kirchennachrichten.

Sonntag, den 22. März 1925.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Vorm. halb 11 Uhr Kindergottesdienst.

8 Uhr Jugendvereinigung im Ring.

Der Kampf um die schwarzen Diamanten.

Um die Kohle, die die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft im neuzeitlichen Wirtschaftsleben darstellt, ist nicht zuletzt der furchtbare Weltkrieg entbrannt. Wer im Besitz der größten Kohlenlager ist, der regiert die Wirtschaft des Erdballs. Frankreich, das reich an Erz, aber arm an den zur Verhüttung derselben notwendigen hochwertigen Kohlen ist, wie sie etwa im Saargebiet gefördert wird, sah schon lange mit gierigen Augen auf dieses gewaltige Kohlenreservoir, das mit dem oberirdischen und nun von den Polen geraubten Kohlengebiet wohl das ertragreichste Mitteleuropas war und erst unsere Wirtschaft zu dem Aufblühen verholfen hat, das uns den Reich und unserer Konkurrenz und späteren Weltkriegesgefeinde eingebracht hat.

Die Entwicklung der deutschen Kohlenförderung.

Die Förderung betrug:

1863		1893		1913	
Steinkohlen	Braunkohlen	Steinkohlen	Braunkohlen	Steinkohlen	Braunkohlen
14 MILLT.	5 MILLT.	67 MILLT.	17 MILLT.	180 MILLT.	80 MILLT.



Durch den Fortfall wichtiger Kohlengebiete im Friedensschluss hat sich die Förderung um fast ein Drittel vermindert.

Die Entwicklung der deutschen Kohlenförderung ist im letzten Dreivierteljahrhundert eine ganz außerordentlich großartige gewesen. Mit ihr vereint liegt die Bedeutung unserer Industrie und der Gesamtwirtschaft in ungeahnter Weise. Wir wurden mächtig und konkurrenzlos auf dem Weltmarkt, so daß man uns haßte, wiewohl man unsere billigen und doch in Qualität stets erstklassigen Produkte gern kaufte. Der unglückliche Ausgang des großen Völkerringens hat uns der besten und wertvollsten Kohlengebiete durch den Spruch von Versailles beraubt. Schmer hat unsere niedergedrückte und unter Rangel aller Art leidende Wirtschaft heute zu kämpfen, um mit den noch unerschöpflichen Vorräten wenigstens einigermaßen die Produktion wieder zu heben und konkurrenzfähig zu gestalten. Die an sich nüchternen Statistiken sprechen hier eine erschütternde Sprache vom Aufstieg und jähen Absturz unserer einst stolzen deutschen Wirtschaft. Die deutsche Kohlenförderung betrug im Jahre 1863 14 Millionen Tonnen an Steinkohlen und 5 Millionen Tonnen an Braunkohlen. Im Jahre 1893 förderten wir bereits 67 Millionen Tonnen Steinkohlen und 17 Millionen Tonnen Braunkohlen, um 20 Jahre später, d. h. im letzten Vorkriegsjahr auf eine Steinkohlenförderung im Umfange von 180 Millionen Tonnen und Braunkohlenförderung von 80 Millionen Tonnen zu kommen. Die Nachkriegszeit verminderte nach Fortfall der uns nach dem Versailler Diktat schmählich geraubten wichtigen Kohlengebiete die Förderung um fast ein Drittel. Dabei muß noch daran erinnert werden, daß diese verminderte Menge noch dazu nicht voll unserer Wirtschaft zureicht, sondern von ihren Quanten noch ganz erhebliche Mengen für Reparation abgeliefert werden müssen.

Hierzu eine Beilage.



Der Mißerfolg Dr. Marx' in Preußen

Rache des Zentrums. — Vor der Regierungskrisis im Reich?

Dr. Marx hat am Donnerstag mittag dem Reichspräsidenten des preussischen Landtags mitgeteilt, daß er seine Versuche, ein Kabinett zu bilden, aufgab, und die Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annahm.

Wie wir hören, ist durch den Rücktritt des preussischen Ministerpräsidenten Marx jetzt eine neue parlamentarische Situation entstanden, die zu eingehenden Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum führen wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Beschluß der Zentrumsvorstände, der zum Rücktritt Marx geführt hat, auf ausdrücklichen Wunsch der Reichstagsfraktion des Zentrums erfolgte. Marx wird sich jetzt ausschließlich seinen Aufgaben als Reichstagspräsident widmen und sofort die von ihm geplante Rundreise durch West- und Süddeutschland antreten.

Der Mißerfolg Dr. Marx' in Preußen scheint recht unerwartete Auswirkungen auf die Reichspolitik auslösen zu sollen. Schon bei der langwierigen Erörterung der preussischen Verhältnisse ist zwischen dem Zentrum und den Rechtsparteien ein Konflikt ausgebrochen, dessen Tragweite zur Stunde noch gar nicht zu übersehen ist. Nachdem die Rechtsparteien sich geweigert haben, über die preussische Regierungsbildung mit Marx weiter zu verhandeln, weil dessen Kandidatur ein unüberwindliches Hindernis zu einer Einigung sei, hat nunmehr der Parteiaussschuß des Zentrums zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen. Das Zentrum erblickt in dem Hinweis der Rechtsparteien auf die Kandidatur des Dr. Marx eine schwere Zumutung, die zu sehr ernstlichen Konsequenzen führen müsse. Niemals könne das Zentrum darauf verzichten, Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl preiszugeben, zumal es den Anschein habe, als ob dadurch die Unterstützung der Rechte in Preußen erkauft werden sollte. Am bedenklichsten aber sei die Tatsache, daß man jetzt dem Ministerpräsidenten Marx in Preußen eine neue Niederlage bereitet habe. Dadurch seien die Zumutungen, die man dem Zentrum in der letzten Zeit zu bieten gewagt habe, an ihrer Höchstgrenze angelangt.

Die Beilegung des Eisenbahnerstreiks

Annahme des Schiedspruches durch die Reichsbahn und die Gewerkschaften.

Berlin, 19. März. (Eig. Drahtber.) Wie die TU. erfährt, hat das Reichsarbeitsministerium heute vormittag den Schiedspruch im Lokalkonflikt der Reichseisenbahner für verbindlich erklärt. Die Reichsbahn-Gesellschaft berät augenblicklich noch über die Möglichkeit, die dadurch entstehenden Mehrausgaben auszugleichen. Sie wird aber auf jeden Fall den Spruch trotz lebhafter, rechtlicher und finanzieller Bedenken annehmen.

Was die Erhöhung der Personalfahrtspreise betrifft, so ist darüber noch keine Entscheidung getroffen. Die Tarifherabsetzung, die sich vermutlich in erster Linie auf die Zeitfahrten erstrecken dürfte, ist bestimmt nur möglich, wenn die Reichsregierung die Genehmigung dazu erteilt. Wie verlautet, will das Reichsfinanzministerium zunächst eine Prüfung des Etats der Reichsbahn-Gesellschaft vornehmen, ehe das Kabinett sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die an dem Lohn- und Arbeitszeitkonflikt ebenfalls beteiligten Gewerkschaften haben dem Reichsarbeitsministerium ebenfalls mitgeteilt, daß sie sich der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches fügen werden. Sollten sich gegen die Arbeitsaufnahme Widerstände bemerkbar machen, so würden die Gewerkschaften die materielle Unterstützung der Streitenden verweigern.

Die Rentenbank-Kreditanstalt.

Die Vorlage im Reichstag gegen die Stimmen Bayerns angenommen.

Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt an. Vor der Abstimmung erklärte der bayerische Gesandte von Preger namens der bayerischen Regierung, daß sie ein Bedürfnis für die Errichtung eines neuen zentralen Kreditinstitutes in Berlin für Zwecke des landwirtschaftlichen Realcredits nicht anerkennen könne und daher dem Entwurf nicht zustimme.

Ein vom preussischen Vertreter gestellter Antrag, in den Paragraphen 7 des Gesetzes über die Verwendung des Reichsgewinnes folgende Bestimmung aufzunehmen: „Hat das Kapital der Rentenbank-Kreditanstalt einschließlich der Rücklagen und Zoderücklagen den Betrag von 500 Millionen Mark erreicht, so ist der Reingewinn an das Reich abzuführen, das ihn den Ländern zu landwirtschaftlichen Zwecken zu überweisen hat“, wurde angenommen. Ebenso wurde ein bayerischer Änderungsantrag angenommen, wonach die ausstehenden Pfandbriefe durch inländische Hypotheken auf land- und forstwirtschaftliche Grundstücke gedeckt sein müssen.

Die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl.

Die Namen des amtlichen Stimmzettels.

Amtlich wird mitgeteilt: Die auf Grund von Wahlvorschlügen für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zugelassenen Kandidaten, deren Namen auf dem amtlichen Stimmzettel vorgebracht sind, sind folgende:

1. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D., Berlin;

In den politischen Kreisen ist man der Meinung, daß es jetzt noch möglich sein wird, eine Entspannung herbeizuführen, wenn das Zentrum auf einem neuen Wege den Versuch macht, den Bruch mit den Rechtsparteien zu vermeiden. Ueber diese Möglichkeiten finden zurzeit hinter den Kulissen lebhafteste Verhandlungen statt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die beteiligten Parteien sich der Tragweite dieses Konfliktes schon jetzt bewußt sind und daß es doch noch zu einer Verständigung in der einen oder der anderen Form kommen wird. Die Situation hat sich jedoch derart zugepunktet, daß jetzt auch ernsthafte Konsequenzen im Reich durchaus wahrscheinlich sind. Die Anhänger der früheren Reichskanzlers Marx im Reichstage glauben sich durch den Gang der Ereignisse veranlaßt zu sehen, auch im Reich den Bruch mit der Rechten herbeizuführen.

Dies würde bedeuten, daß das Zentrum sich von der Regierung Luther zurückzieht und dadurch eine neue Krise im Reich herbeiführt. Auf Grund zuverlässiger Informationen glauben wir zu wissen, daß diese Gefahr jetzt tatsächlich ihren Höhepunkt erreicht hat.

Schon der Beschluß der Zentrumsvorstände, nach dem Scheitern der Einheitskandidatur Geiler mit einer eigenen Zentrumskandidatur Marx hervorzutreten, mußte als ein sehr ernstes Symptom angesehen werden. Die Verständigungsmöglichkeiten waren allein in Preußen geblieben, wo Marx immer wieder im Auftrage seiner Partei versuchen sollte, eine Lösung herbeizuführen. Das Zentrum führte den Kampf ganz allein und hat dabei, wie jetzt bekannt wird, ziemlich scharfe Waffen ins Feld geführt. Die Dinge sind jetzt soweit gediehen, daß das Zentrum sich nicht mehr in der Lage sieht, einen Rückzug anzutreten, sondern eher entschlossen ist, zum Angriff überzugehen. Im Reichstage ist das Gerücht verbreitet, daß bereits im Reichskabinett die Zentrumsmänner eine klar opponierende Haltung gegenüber den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung einnehmen. Es ist schwer festzustellen, ob diese Gerüchte auf tatsächliche Vorkommnisse zurückzuführen werden können. Soviel erscheint aber sicher, daß man sich auf überraschende Ereignisse gefaßt machen muß, wenn der Konflikt zwischen dem Zentrum und den Rechtsparteien sich jetzt noch weiter verschärfen sollte.

2. Dr. Heinrich Held, bairischer Ministerpräsident, München;
3. Dr. Willig Hellwach, bairischer Staatspräsident, Karlsruhe;
4. Dr. Karl Jarres, Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg;
5. Erich Ludendorff, General d. Inf. a. D., München;
6. Dr. Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D., Berlin;
7. Ernst Thälmann, Transportarbeiter und Mitglied des Reichstages, Berlin.

Das Aufwertungs-gesetz.

Im Laufe der nächsten Tage...

Im Aufwertungs-ausschuß des Reichstages erklärte Reichsjustizminister Prentke, daß im Reichskabinett über den Aufwertungsentscheidende Beschlüsse gefaßt worden seien und daß die Regierung hoffe, den Gesetzentwurf noch im Laufe der nächsten Tage dem Reichstag zu stellen zu können. Hieraus nahm der Ausschuß den Gesetzentwurf an, der die Fristen der dritten Steuerreformordnung bis zum 30. Juni verlängert. Der Ausschuß sprach dabei die Erwartung aus, daß bis dahin das neue Aufwertungs-gesetz fertiggestellt sein werde.

Wie die „Börs. Ztg.“ hört, scheint bei den Verhandlungen zwischen Parteien und Reichsregierung in der Frage der Hypothekenaufwertung eine Einigung auf eine Erhöhung der Aufwertungsrate von 15 Prozent auf 25 Prozent bereits erreicht zu sein, während der Regelung der Anleiheaufwertung noch größere Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der elsass-lothringische Konflikt.

Die gestrige Kammerdebatte wurde bei dichtem Nebel unterbrochen. Auf den Tribünen bemerkte man viele Vertreter der Gesellschaft in Priestertracht. Eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung mußten die Tribünen und die Tore wegen Ueberfüllung geschlossen werden. Gleich nach Eröffnung kam es zu einem kleinen Zwischenfall, als der Abg. Maes eine ihm zugeschriebene Zwischenbemerkung berichtete. Er hatte erklärt, der elsässische Abg. Walter müsse als Franzose und nicht als Elsässer sprechen und auftreten. Es sei geradezu eine Gemeinheit, anzunehmen, daß er damit einen Unterschied zwischen Elsässer und Franzosen machen wolle. Er trat dann für die uneingeschränkte Anwendung der Laiengesetze auch in Elsass-Lothringen ein. Daraus ergibt sich Carlsruhe über die Haltung der Regierung zu dem Schreiben der Kardinäle. Der Redner verteidigt die Laiengesetze und gibt eine Darstellung ihrer Entstehung. Er betonte die Notwendigkeit einer vollständigen Anwendung der Gesetze in Elsass-Lothringen. Selbstverständlich solle es den katholischen Eltern im Elsass überlassen bleiben, ihre Kinder, wenn sie wollen, auch auf die katholische Schule zu schicken. Abg. Pfeiffer rief dazwischen: Das ist unwahr! (Widerspruch und Lärm auch bei der Mehrheit.) Darauf spricht der frühere Kultusminister Berard im Sinne der Neutralität des Staates in Sachen der Religion. Er erkennt die Laiengesetze als solche ausdrücklich an und macht dann aber unter dem Vorwand der Opposition weitgehende Vorbehalte. Es sollen insgesamt 12 Redner zu Worte kommen. Die Debatte wird sich voraussichtlich bis morgen abend hinziehen. Für heute ist auch eine

Intervention des Ministerpräsidenten Herriot nicht zu erwarten. Die radikalsozialistische Gruppe der Kammer hat bereits eine Tagesordnung ausgearbeitet, in der sie der Regierung unter schärfster Verurteilung der Vorkaufs der Kardinäle das Vertrauen ausspricht. Die Tagesordnung wird am Schlusse der morgigen Sitzung zur Abstimmung eingebracht werden.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Der Wahlvorstand.

Für jeden Wahlbezirk ernannt die zuständige Behörde — unter gleichzeitiger Bestimmung des Wahllokals — einen Wahlvorsteher und seinen Stellvertreter. Der Wahlvorsteher beruft unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Wahlbezirks zwei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer. Dieser kann auch in einem anderen Wahlbezirk seinen Wohnsitz haben. Diese Personen bilden den Wahlvorstand. Wichtig ist die Bestimmung, daß jeder Wähler die Pflicht zur Uebernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Wahlvorstehers, Stellvertreters des Wahlvorstehers, Beisitzers oder Schriftführers im Wahlvorstand, eines Beisitzers des Kreiswahlausschusses oder des Reichswahlausschusses hat. Die Berufung zu einem der Wahlbehörden dürfen u. a. nur ablehnen: a) Beamte, die mit dem Vollzuge der Wahlgesetze oder mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit betraut sind; b) Reichs- und Landtagsmitglieder; c) Wähler, die das 60. Lebensjahr vollendet haben; d) beruflich, durch Krankheit oder durch die Fürsorge für ihre Familie verhinderte Wähler; und e) solche Wähler, die sich am Wahltag aus zwingenden Gründen außerhalb ihres Wohnortes aufhalten.

Wähler, die die Uebernahme eines Wahlbehördenamtes ohne gesetzlichen Grund ablehnen, können in eine Ordnungstrafe bis zum Betrage von 300 Mark genommen werden.

Wann und wie geht die Wahl vor sich?

Die Wahl findet am Sonntag, den 29. März in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. In Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit abgekürzt werden; sie darf jedoch nicht später als 10 Uhr nachmittags beginnen und nicht vor 5 Uhr nachmittags schließen. Wer sich um 6 bzw. 5 Uhr im Wahllokal befindet, kann noch wählen. Empfehlenswert ist es, vormittags zur Wahl zu gehen, da ehrsungsgemäß nachmittags der Andrang sehr groß ist. Zutritt zum Abstimmungsraum hat jeder Wahlberechtigte; Anwesenden darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschehen berichten und beschließen. Er kann jeden aus dem Raum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ist es ein Wahlberechtigter des Wahlbezirks, so darf er vorher seine Stimme abgeben.

Wenn der Wahlberechtigte den Wahlraum betritt, erhält er einen amtlich abgestempelten Umschlag. Auch Stimmzettel werden bereitgehalten. Er begibt sich nun in den Nebenraum oder an den mit einer Vorrichtung gegen Sicht geschützten Nebenisch und legt den erwählten Stimmzettel in den Umschlag.

Das Wahlverfahren spielt sich also diesmal in einfacheren Formen ab und ähnelt dem bis zur Einführung des Einheitsstimmzettels üblichen. Von dem Verfahren bei der Reichstagswahl weicht es insofern ab, als eine Kennzeichnung des Stimmzettels durch ein Kreuz nicht erforderlich ist, sondern sogar unstatthaft ist und zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen kann. Nach dem Wahlgang darf der Stimmzettel außer der Bezeichnung des Kandidaten keine weiteren Angaben enthalten. Der Wahlberechtigte tritt an den Wahlvorstand, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt. Auf Erfordern hat sich der Wahlberechtigte dem Wahlvorstand über seine Person auszuweisen. Inhaber von Stimmscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Stimmschein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht. Entsteht Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz, so hat der Wahlvorstand sie nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung Bescheid zu fassen.

Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich im Wahlraum der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Abstimmung teilnehmen.

Seelenleute, die vor der Abstimmung aus einem deutschen Seehafen mit einem Seefahrzeug ausfahren oder am Abstimmungs- oder in den nachfolgenden 5 Tagen in einem deutschen Seehafen einfahren und sich durch ihr Seefahrzeug ausweisen, können ihr Stimmrecht auf Grund eines Stimmzeichens in der Zeit vom 10. Tage vor dem Abstimmungs- bis zum 5. Tage nach diesem in der Hafenstadt täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags vor einem besonderen Abstimmungs-vorstand ausüben.

Für größere Kranken- und Pflegeanstalten können eigene Stimmbezirke gebildet werden.

Ungültig sind Stimmzettel:

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
 2. aus deren Verantwortung der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft erkennbar ist;
 3. denen irgendein durch den Umschlag fühlbarer Gegenstand beigelegt ist;
 4. die mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sind.
- Mehrere in einem Umschlag enthaltene Zettel gelten als eine Stimme, wenn sie gleichlautend sind oder wenn nur einer von ihnen eine Stimmabgabe enthält, sonst sind sie ungültig.

Bestimmung des Wahlergebnisses.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses ist ebenso wie die Wahlhandlung öffentlich. Der Wahlvorstand teilt das Wahlergebnis dem Kreiswahlausschuß mit; dieser gibt die Mitteilung an den Reichswahlleiter in Berlin weiter. Letzterer stellt fest, wieviel Stimmen insgesamt den einzelnen Kandidaten zugefallen sind. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Stellt der Reichswahlleiter fest, daß kein Kandidat mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat, und bestehen keine Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht. Im 2. Wahlgang findet nicht etwa eine Stichwahl zwischen den bei der ersten Wahl aufgestellten Kandidaten mit größter Stimmenzahl statt, sondern es können, und dies ist besonders wichtig, zur 2. Wahl auch Personen kandidieren, die vorher noch nicht nominiert waren. Bei diesem 2. Wahlgang entscheidet dann die relative Mehrheit; gewählt ist also, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Den Wahlgang für den 2. Wahlgang bestimmt ebenfalls der Reichstag. Das Wahlverfahren ist das gleiche wie beim 1. Wahlgang. Für den zweiten Wahlgang ist bekanntlich der 26. April festgesetzt.

(Schluß)



Dr. med. Heinz Förster

praktiziert jetzt Radeburgerstrasse

Sprechstunden:

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonabend	Sonntag
B.: 1/2 9 — 1/2 10 N.: 5 — 7	1/2 9 — 1/2 10 3 — 5	1/2 9 — 1/2 10 3 — 5	1/2 9 — 1/2 10 3 — 5	1/2 9 — 1/2 10 5 — 7	1/2 9 — 1/2 10 keine	keine

Naturheilverein.

Zur Nachfeier des 25-jährigen Stiftungsfestes Sonntag, den 21. März, abends 6 Uhr im Gasthof z. Hirsch **Familienball mit Ueberraschungen**
Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Gemischter Chor Ottendorf-Okrilla.

Sonabend, den 28. März, im Gasthof zum schwarzen Ross

Romantischer Abend

1. Erlkönigs Tochter
Ballade für Solo, Chor und Klavier von R. W. Gade
 2. Lieder am Klavier
 3. Loreley
Finale aus der unvollendeten Oper für Solo, Chor und Klavier von F. Mendelssohn.
- Mitwirkende: Fr. Josephine Wunderlich, Sopran
H. Weber Bariton Hannes Jakob am Flügel.
Einlaß 7 Uhr
Eintritt 80 Pfg., Programm 20 Pfg.
Vorverkauf: Buchhandlung Rühle, Gasthof zum schwarzen Ross und bei allen Mitgliedern.

Nach dem Konzert Ball.

Wegen Abreise selten schönes

Eiche

Speisezimmer

(täglich) 16 Teile für den Spottpreis von 350 Mark verkäuflich, schwere Eiche Balkustrade 30 M., kleiner Tisch 5 M.

Sauja,

Gründergasse 3 p.

Gasthof zum Hirsch.

Sonntag, den 22. März 1925

Br. Bither-Konzert

ausgeführt vom Bither-Verein Dr. Rading.
Einlaß 1/2 7 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Anfang 1/2 8 Uhr.
Anschließend Ball.
Es ladet freundlichst ein
Hob. Gehnerl. **Mundharmonika-Klub „Echo“**,
Ottendorf-Okrilla.

Gasthof z. „Schwarzen Ross“

Heute Sonntag von nachmittag 4 Uhr an **öffentl. Ballmusik**
Dazu ladet freundlichst ein
Wihl. Santa.

Für **Konfirmanden** kaufen Sie in reicher Auswahl
Kleiderstoffe
Sammet- und Seidenstoffe
Rockstoffe
Blusenstoffe
Leibwäsche
Gesundheitsleibchen
Hüftformer
Büstenhalter
Unterröcke
Prinzessröcke
Untertaillen
Strümpfe
Manschetten
Vorhemdchen
Kragen
Krawatten
Hosenträger
Normalhemden
Barchenthemden
Einsatz hemden
Unterhosen
Berufskleidung
Handschuhe
Socken

zu bekannt mässigen Preisen.

Preiswerte fertige **Entlassungs- u. Konfirmandenkleider**
7.75, 8.75, 18.00

Warenhaus Ikenberg
Radeberg, Dresdner Strasse 12.

Drucksachen liefert Buchdruckerei Hermann Rühle.

Da es uns unmöglich ist, einzeln für die überaus zahlreichen Blumenpenden und Glückwünsche zu unserem Einzuge zu danken, sehen wir uns veranlaßt nur hiedurch unseren **ergebensten Dank** auszusprechen.
Ottendorf-Okrilla, im März 1925.
Dr. Förster u. Frau.

Junge Lege-Hühner zu verkaufen. Niedingen Nr. 75.

Aufruf zur Reichspräsidentenwahl!

Die nationalen Parteien und Verbände Ost Sachsens haben sich zur Präsidentenwahl zusammengeschlossen. Es gilt, einen Mann an die Spitze des deutschen Reiches zu bringen, der mannhaft deutsche Gesinnung, Charakterstärke und Rückgrat hat. Durch die Wahl soll mit Unfähigkeit und Bestechlichkeit im inneren Staatsleben, mit der kriechenden Unterwürfigkeit gegenüber dem Auslande aufgeräumt werden. Wir erwarten von dem neuen Reichspräsidenten, daß er durch die Würde und Festigkeit seines Auftretens unserem Staate Achtung erringt, daß er zum Hort der wirtschaftlich Schwachen wird, daß er über die Klassengegensätze hinweg einen starken nationalen Willen erweckt. Der nationale Kandidat — der einzige über der Parteien — ist Dr. Jarres, ein deutscher Mann, dessen ganze Lebensarbeit Dienst am Vaterland war und der die Führung des deutschen Reichsamtes im Sinne unserer Erwartungen verbürgt. Seine Wahl zu unterstützen ist nationale Pflicht.

Unser Ruf geht an alle vaterländisch gesinnten Männer und Frauen, die gewillt sind, sich für das Vaterland einzusetzen!

Ein Weg — ein Wille! Der 29. März entscheidet!

Wählt Jarres!

Der Nationale Ausschuss für die Reichspräsidentenwahl
im 28. Wahlkreis Dresden — Bautzen.

- Deutschnationale Volkspartei
Dr. Philipp.
- Deutsche Volkspartei
Dr. Heinze, M. d. R.
- Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes
Kaiser.
- Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung
Dr. Bronau.
- Deutsch-Soziale Partei
Blumentritt.
- Generalfeldmarschall von Hindenburg.
- Vereinigte Vaterländische Verbände
Hammer.
- „Der Stahlhelm“ Bund der Frontsoldaten
Brückner.
- Jungdeutscher Orden
von Tschammer-Osten.
- Wiking und Wehrwolf
von Klüfing.
- Deutscher Offiziersbund
von Gully.
- Nationalverband Deutscher Offiziere
von Massow.

- Sächsischer Militärvereinsbund
Hopf.
- Königin-Louisebund
Sophie Leo.
- Nationaler Klub von Sachsen
Freiherr von Find.
- Koloniale Arbeitsgemeinschaft
Dr. Glöckner.
- Hochschuleing Deutscher Art
von La Chevallerie.
- Deutscher Volksbund schwarz-weiß-rot
Kaube.
- Deutsche Vereinigung
Siemens.
- Sächsischer Landbund
Schreiber, M. d. L.
- Landesausschuss des Sächsischen Handwerks
Kunisch, M. d. L.
- Nationale Arbeiterbewegung.
Hartmann, M. d. R.
- Dresdner Kaufmannschaft
Mittsch, Golst.

- Nationale Beamtenschaft
Börner.
- Landesverband der christlichen Elternvereine
Dr. Hering.
- Verband der Sächsischen Haus- und Grundbesitzer
Vereine
Kohlmann.
- Sächsische Mietervereinigung
Mohn.
- Reichsbund für Aufbau und Aufwertung
Kocher, Heudendorf.
- Hypothekengläubiger und Sparer-Schutzverband
Dr. Herrmann.
- Direktor Maximilian Wolff
- Deutschnationaler Angestelltenbund
Köder.
- Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
Bierast, Kreisvorsitzer.
- Verband der weiblichen Handels- und Büro-Angestellten
Wallburga-Bayendorfer.

